



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Pariser Briefe.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

der einzelnen Blätter hat Andresen mit vollem Rechte ganz beseitigt. — Im Einzelnen hätte wohl Dieser oder Jener irgend etwas anderes, bei gewissen Meistern einige Blätter mehr oder weniger aufgeführt gewünscht. Doch das ist Nebensache. Die Wünsche Aller vollkommen zu befriedigen ist ja unmöglich. Andresen hat als gründlicher Kenner und erfahrener Sammler und Geschäftsmann gewiß die richtige Mittelstraße getroffen.

Die ganze Auflage ist sehr schön auf Schreibpapier mit breitem Rande gedruckt, so daß nachträgliche Notizen sich leicht eintragen lassen.

R. Bergau.

Pariser Briefe.

Paris, 20. Dezember.

Wie manche Intrigue immer im Schoße der Versailler Majorität gegen die eigenen Bundesgenossen gesponnen werden mag, in dem, was die dermalen herrschenden Elemente verbindet, in der Bekämpfung einer auf solider Basis errichteten Republik, kann ihnen weder Unentschlossenheit noch Unaufrichtigkeit nachgesagt werden. Zum zwölften Male seit dem 8. Februar 1871 siegt in den Ersatzwahlen der rein republikanische Gedanke, und unverschämter als je antwortet man darauf mit Plänen der tollsten Reaction. Man antwortet so, nicht obgleich, sondern weil das Land derartige Wahlen vollzieht. Offen heraus verkündet diese parlamentarische Majorität, deren Mandat längst abgelaufen, als ihre Hauptaufgabe den politischen Geist des Landes umzuwandeln, ihn mit den Bedürfnissen des „ordre moral“ in Einklang zu setzen. Und sie hat's eilig, diese Aufgabe zu erfüllen. Mitten in der Budgetdebatte besteigt Herr Clapier die Tribune, um seinen Bericht über das neue Mairegesetz zu erstatten. Die Versammlung bewilligt ihm für dasselbe nicht allein die Dringlichkeit, sie beschließt sogar, es unmittelbar nach Beendigung der Budgetdebatte auf die Tagesordnung zu setzen. Die im Augenblick unzweifelhaft dringendsten Angelegenheit, die Frage der neuen Steuern, d. h. der Deckung eines im Budget für 1874 sich ergebenden Deficits von 145 Millionen, kann warten, wenn nur die Regierung in kürzester Frist landauf landab die Maires und damit das Mittel in die Hand bekommt, die Bevölkerung für die dereinstige Neuwahl der Legislative mit dem richtigen Geist zu durchdringen! Und damit sie in diesem Geschäft der Belehrung nicht gestört wird, ist Herr Courcelle zur Hand mit dem Vorschlage, daß fortan Ersatzwahlen nur dann erfolgen sollen „wenn in einem Departement eine bestimmte Anzahl

von Deputirtensitzen erledigt ist. Zugleich ist die Dreißigercommission mit der Auffindung eines zuverlässigen Wahlgesetzes beschäftigt, und was von der Presse noch Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden kann, wird durch das in Vorbereitung befindliche Preßgesetz unschädlich gemacht werden; eine Vorlage, welche die Concessionspflichtigkeit der Buchhändler wieder einführt, ist bereits eingebracht. Die wenig schüchterne Weise, mit welcher der Unterstaatssecretär des Ministeriums des Innern die Unterdrückung der sogenannten Unterrichtsliga, einer über das ganze Land verbreiteten in freisinnigem Geiste die Förderung des Volksunterrichts anstrebenden Gesellschaft, im Departement der Somme vertheidigte und mit ähnlichen Maßregeln für andere Departements drohte, hat den Freunden der Volksaufklärung einen deutlichen Fingerzeig gegeben, wessen sie sich von der heutigen Regierung zu versehen haben.

Das Mairegesetz also liegt der Nationalversammlung vor und soll noch in nächster Woche zur Discussion gestellt werden. Die zu seiner Vorbereitung niedergesetzte Commission hat sich gouvernementaler erwiesen, als die Regierung selbst. Die letztere wollte den in der Ernennung der Maires und Adjuncten durch die Regierung gelegenen Absolutismus einigermaßen mildern durch die Bestimmung, daß die Regierung für ihre Auswahl an die Mitglieder des Municipalraths gebunden sein und nur im Falle des Rücktritts oder der Entlassung der Maires auch auf außergemeinderäthliche Gemeindeangehörige greifen können solle. Nach dem Vorschlage der Commission fällt diese Schranke weg; auch braucht der zu Ernennende nicht der Gemeinde anzugehören, sondern nur eine der vier directen Steuern in derselben zu entrichten; jedoch soll, wenn der Maire außerhalb des Municipalraths genommen wird, da, wo die Ernennung durch den Präsidenten der Republik erfolgt, also in den Departements-, Arrondissement- und Cantonshauptstädten, zuvor der Ministerrath, und da, wo die Trennung durch den Präsidenten erfolgt, d. h. in allen übrigen Gemeinden, zuvor der Minister des Innern befragt werden. Schwerlich wird irgend Jemand begreifen, welche freiheitliche Garantie in diesem Vorschlage liegen soll; man müßte denn der Versicherung Clapiers Glauben schenken, daß die dermalige Regierung die Verkörperung der Unparteilichkeit sei. Aber noch nicht genug. Bisher ernennt der Maire die Polizeiagenten, suspendirt sie und setzt sie ab, nach dem Commissionsvorschlage ist er betreffs der Ernennung an die Zustimmung des Präsidenten gebunden; die Befugniß der Suspension wird ihm belassen, aber die Absetzung kann nur durch den Präfecten erfolgen. So wird also die Regierung die gesammte Polizei in ihren Händen haben, bis hinab auf die niedrigsten Polizeidiener, und sie wird nicht säumen „ihnen im geeigneten Augenblicke dieselbe Rolle zuzuweisen, welche die Feldhüter bei den Wahlen und Plebisits des Kaiserreichs mit be-

Grenzboten IV. 1873. 65

kanntem Erfolge gespielt haben. Sicherlich nicht mit Unrecht läßt sich die Signatur dieses Gesetzes dahin zusammenfassen: es ist die Wiedereinführung des ganzen Apparats der officiellen Candidaturen.

Und was von dieser Seite her nicht erreicht wird, das soll das neue Wahlgesetz leisten. Mit Feuereifer hat sich die sogenannte Dreißigercommission dieses Gegenstands bemächtigt. Man traut seinen Augen kaum, eine solche Fülle genialer Einfälle zur Depravation des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechts hat sie bereits zu Tage gefördert. Oder ist es nicht genial, wenn Belcastel den verheiratheten Männern und Wittvern doppeltes, den verheiratheten Beamten und Gelehrten dreifaches oder gar vierfaches Stimmrecht beilegt? Von den ernstern Vorschlägen zu reden, so ist man bis jetzt nur darin einig, das zur Wahlfähigkeit berechtigende Alter von 21 auf 25 Jahre zu erhöhen. Interessant ist, daß neben dieser Maßregel zur Beschränkung des allgemeinen, und neben anderen zur Modification des gleichen auch ein Vorschlag zur Aufhebung des directen Wahlrechts gemacht worden ist. Wie immer diese verwickelten Berathungen schließlich werden mögen, dessen darf man sicher sein, die Majorität wird ein Wahlgesetz zu Stande bringen, das nach ihrer Ansicht mit mathematischer Sicherheit zu antirepublikanischen Wahlen führen muß.

Seltamer Anblick! Vor dem 17. November predigte die Rechte mit lautester Stimme die Nothwendigkeit, endlich feste Institutionen zu schaffen. Ausdrücklich ward bei der Verlängerung der Mac Mahon'schen Gewalten zur Bedingung gemacht, daß sofort ein Ausschuß von 30 Mitgliedern sich mit diesen Institutionen zu beschäftigen haben werde. Statt dessen sehen wir jetzt das ganze Sinnen und Trachten der herrschenden Parteien auf den Einen Punkt gerichtet, über kurz oder lang eine neue Entscheidung herbeizuführen, welche dieser verhaßten republikanischen Staatsform endlich den Todesstoß geben soll. Was Wunder da, daß das ganze Land unter dem Gefühle steht, mehr als je im Provisorium zu leben? Was Wunder, daß Niemand an die siebenjährige Dauer der Mac Mahon'schen Aera glauben will? Die Geschäfte liegen schlimmer darnieder, als unmittelbar nach dem Kriege; nicht lange mehr, und in alle Provinzen des reichsten Landes der Welt wird bittere Noth eingekehrt sein. Paris zumal leidet zusehend. Nicht mehr nur seine innerste Luxusindustrie, die sich seit dem Kriege niemals recht erholte, auch ein großer Theil der Fabrication nothwendiger Lebensbedürfnisse liegt gegenwärtig lahm; in den Arbeiterquarteln häufen sich die Bilder herzzerreißenden Glends. Was nützt es, daß die Parteien einander diese Jammer-scenen vorhalten und sich gegenseitig beschuldigen, das Vaterland nicht zur Ruhe kommen zu lassen? Das Eine steht leider fest: auch die Stabilität, wenn sie Stabilität der Republik oder des Königthums Heinrich's V. wäre, würde der Hauptstadt nicht gründ-

lich helfen. Das Paris, dessen Glanz und Wohlstand durch den Krieg und die Commune zerstört ward, war nur denkbar unter jener raffiniert berechneten öffentlichen Verschwendung, mit einem Worte, unter dem Regime des Cäsarismus, wie der dritte Napoleon ihn ausgebildet hatte. In der Nationalversammlung verschließt man sich nicht dieser Erkenntniß. Beweis dessen der eben gefaßte Beschluß, dem Präsidenten Mac Mahon als Repräsentationskosten für seinen Pariser Aufenthalt statt 162,000 Frs. 300,000 Frs. zu bewilligen. Leider wird die große Noth damit nicht gelindert werden. Die Feste des Elisee können auf die darübende Menge nur Eine Wirkung üben: die längst vorhandene Sehnsucht nach den Fleischtopfen des Zweiten Kaiserreichs zu verstärken. Wäre der Vielverwünschte, dessen Gebeine in Chislehurst modern, noch unter den Lebenden, mich dünkt, das Provisorium wäre längst zu Ende.

Eine bemerkenswerthe Episode in der fast ziemlich harmlosen Budgetdebatte bildete die Berathung des Kriegsbudgets. Der Finanzminister Magne, in seinen verzweiflungsvollen Anstrengungen, das große Deficit des nächsten Jahres möglichst zu verringern, hatte auch dem Kriegsminister ins Gewissen geredet, und diesem gelang es wirklich, durch spätere Einberufung gewisser Recrutentheile eine Ersparniß von fünf Millionen — in Aussicht zu stellen. Aber unerhört: ein französischer Kriegsminister, noch dazu ein Kriegsminister der Revancheperiode, sollte sein Budget um fünf Millionen schmälern dürfen! Welch' herrliche Gelegenheit für die Gegner des Herrn du Barrail, gegen ihn Sturm zu laufen! Freilich, der Angriff ist vergeblich gewesen; die Linke mochte nur zu gut wissen, daß die Entrüstung des Herzogs d'Audiffret-Pasquier doch nicht ganz frei von egoistischen Motiven sei. Aber die Debatte ist doch zu etwas nütze gewesen: sie hat die Chauvinisten einmal wieder mit einem recht heilsamen Sturzbad übergossen. Ach, es war ja ein so erhebendes Gefühl, durch das Opfer von Trianon alle Makel abgewaschen zu haben, überzeugt sein zu dürfen, daß diese große Nation niemals besiegt, sondern nur verrathen worden! Und welch' günstige Vorbedeutung, daß der erlauchte Sproß des „Hausess Frankreich“, der soeben der Armee und dem Lande die unbefleckte Ehre zurückgegeben, daß der Herzog von Numale das Commando in Besançon und Belfort, hart an den Thoren des Feindes erhielt! Wer wollte noch zweifeln, daß dies der erste Schritt sei zur stillen Mobilmachung, und daß man, sobald der deutsche Religionskrieg — denn von diesem ist man, dank den Empörungsbrohungen der Herren Windthorst und Reichensperger, fest überzeugt — zum Ausbruch gekommen, durch die trouée de Belfort zu furchtbarer Rache hervorbrechen würde? Die erwähnte Debatte wird diese heißblütigen Hoffnungen ein wenig abgekühlt haben. Der Marquis de Castellane versicherte zwar, daß Frankreich das Beispiel Preußens nach der Schlacht bei Jena nachahme, und in der That, die Aehnlichkeit zwischen den Broglie'schen Municipalitäts- und Wahlgesetzen und den Stein-Hardenberg'schen Reformen

liegt auf der Hand! Aus den Aeußerungen des Kriegsministers ist aber so viel jedenfalls zu constatiren, daß es mit der Durchführung der neuen Heeresorganisation gar langsam vorwärts geht und daß es noch außerordentlicher, bisher nicht geahnter Anstrengungen bedürfen wird, wenn sie in voller Wirksamkeit erhalten werden soll. Noch mehr aber: der Herzog d'Audiffret-Pasquier, als ehemaliger Berichterstatter der betreffenden parlamentarischen Untersuchungscommissiön mit dem Gegenstande genau bekannt, machte die Eröffnung, daß zur bloßen Wiederherstellung des Kriegsmaterials noch die Kleinigkeit von über 1300 Millionen erforderlich sein wird. Es scheint fast, als ob die Milliardenanleihen eine stehende Einrichtung der französischen Finanzwirthschaft werden sollten. Daß aber eine derartige Operation zu dem angegebenen Zwecke den gleichen Erfolg haben werde, wie die Anleihen 1871 und 72, wird doch selbst in Frankreich schwerlich ein Mensch zu hoffen wagen. Und somit dürfte dieser Einblick in die militärische Lage sehr geeignet sein, den Franzosen einige, wenn auch nur innere, Bescheidenheit aufzuerlegen. Umsomehr, als, wie bereits erwähnt, die Bilanz des gewöhnlichen Budgets durchaus keine erfreuliche ist. Bei der äußersten Sparsamkeit ist ein Deficit von 145 Millionen geblieben, welches durch neue Steuern gedeckt werden muß. Wie wenig Anklang die in dieser Richtung von Magne gemachten Vorschläge gefunden haben, ist bekannt. Statt ihrer hat soeben Pascal Duprat eine Steuer von allem beweglichen und unbeweglichem Kapital vorgeschlagen, welche die 145 Millionen allein decken würde. Es ist kaum Aussicht vorhanden, daß die Bourgeoisie sich für diese Auflage mehr erwärmen würde, als für die allgemeine Einkommensteuer. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, ist es durchaus nicht unmöglich, daß die Steuerfrage wieder einmal zu einer Ministerkrisis führt. Wenngleich dieselbe nicht entfernt von der Gefährlichkeit sein würde, wie jene andern, welche Thiers im Januar 1872 mit seiner Rohstoffsteuer heraufbeschwor, so wäre der Verlust Magne's für das gegenwärtige Cabinet doch ein schwer zu verwindender Schlag.

Inmitten dieser Lage, welche den gallischen Hahn noch immer mit arg gestutzten Flügeln erscheinen läßt, ist es eine ziemlich komische Erscheinung, wenn ein Erzbischof, in Anknüpfung an die jüngste päpstliche Encyclika, der Regierung eine Strafpredigt hält, weil sie die gottlosen Kinder der Kirche, als da sind Deutschland, Italien, die Schweiz, nicht längst gezüchtigt hat. Immerhin muß dabei auffallen, daß die Regierung diese wahnwitzigen Vorwürfe so ruhig auf sich sitzen läßt. Einem diplomatischen Interpellanten würde wahrscheinlich die Reichensperger'sche Ausrede vom Curialstyl zur Antwort werden. Trotzdem wird ein Jeder den Eindruck behalten, daß die Regierung im Grunde gegen die von den Ultramontanen ihr zugemuthete Mission nichts einzuwenden habe.